

# Beim Info-Abend wird heiß diskutiert

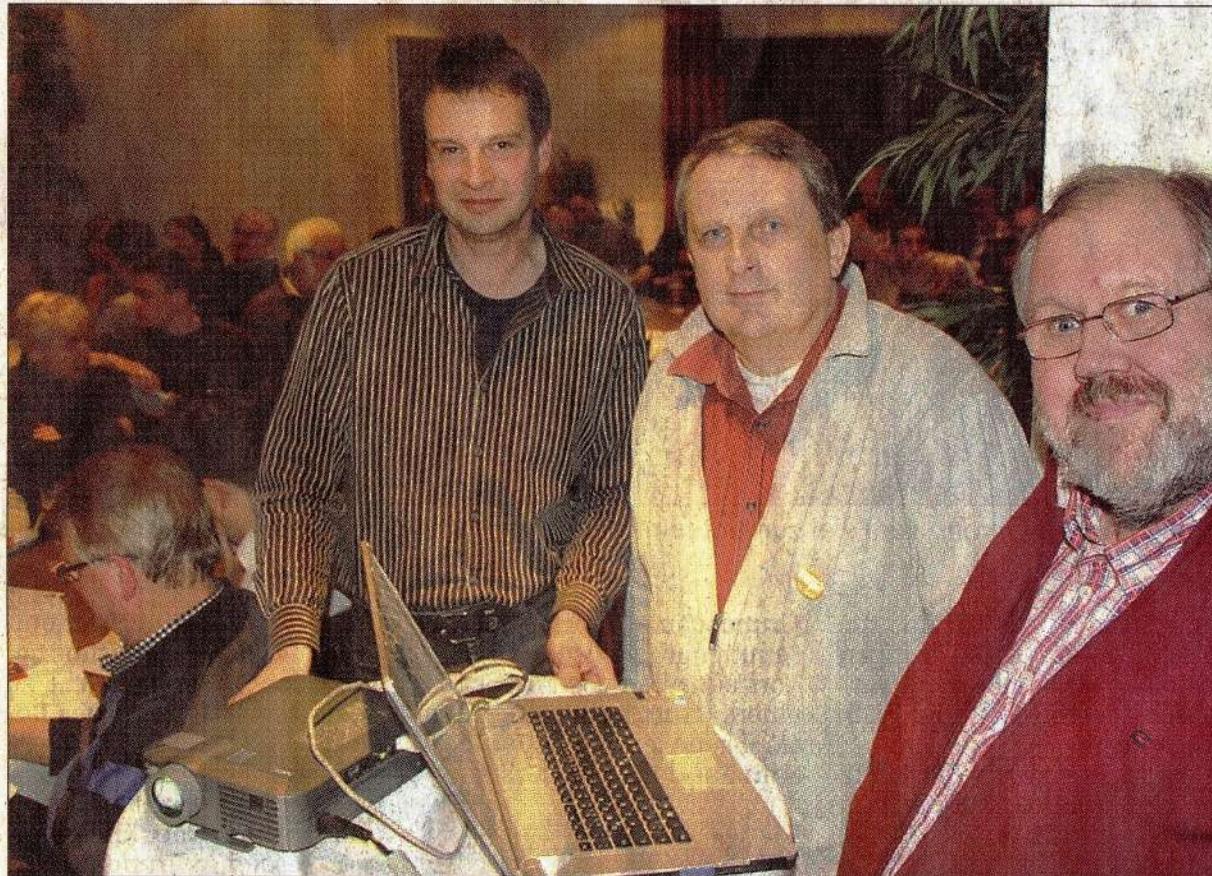
**PUTENMASTSTALL** Befürworter und Gegner kommen ins Gespräch – Organisator Martin Kusch ist zufrieden

Niels Boldt von der Bürgerinitiative Köhren-Harpstedt erklärte, wie man sich gegen solch ein Bauvorhaben wehren kann. Joachim Strothotte wollte keine Zahlen zum Maststall nennen.

VON JANTJE ZIEGLER

**HUDE** – Damit hatten sie nicht gerechnet. Eigentlich war Martin Kusch am Montag von etwa 20 Teilnehmern beim Info-Abend „Was tun gegen die Errichtung von Massentierhaltungsanlagen?“ ausgegangen. Stattdessen drängten sich gut 80 Menschen in den Raum im Gasthaus Burgdorf. Die Huder Attac-Ortsgruppe hatte den Abend in Kooperation mit dem Bündnis Mensch-Umwelt-Tier, kurz MUT, organisiert. Hintergrund ist Joachim Strothottes Vorhaben, einen Putenmaststall im Bereich Leckerhörne zu bauen.

Zunächst referierte Niels Boldt: Als Gegner von Massentierhaltungsanlagen gründete er die Bürgerinitiative (BI) Köhren-Harpstedt, nachdem er 2004 erfahren hatte, dass in seiner Nachbarschaft eine solche Anlage gebaut werden soll. Der Vorsitzende der BI, welche Mitglied im Bündnis MUT ist, schilderte den Zuhörern, was sie tun



Organisierten den Info-Abend: (von links) Niels Boldt, Bürgerinitiative Köhren-Harpstedt, Martin Kusch, Huder Attac-Ortsgruppe, sowie Wilfried Papenhusen, Bündnis MUT. BILD: ZIEGLER

müssen, um sich gegen solche Bauvorhaben zu wehren. „Als Erstes müssen Sie eine Einwendung schreiben“, so Boldt, „ab dann wird man auf jeden Fall einbezogen und informiert.“ Als Nächstes müsse man sich schlau machen. „Direkte Nachbarn haben das Recht, die Unterlagen einzusehen. Das schreibt das Umweltinformationsgesetz vor.“

Boldt nannte Verbände, an

die er sich damals gewandt habe; darunter der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) oder der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Niedersachsen. „Holen Sie sich Gleiches ins Boot“, riet Boldt, „machen Sie Druck, machen Sie das öffentlich.“ Auch auf das förmliche und das vereinfachte Genehmigungsverfahren auf Grundlage des Bun-

des-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) kam Boldt zu sprechen: Eines förmlichen Genehmigungsverfahrens bedarf es zum Beispiel bei Anlagen mit mindestens 40 000 Mastgeflügelplätzen. Die Unterlagen müssen öffentlich ausgelegt werden. Beim vereinfachten Verfahren ist dies nicht der Fall: „Nur die direkten Nachbarn haben Einspruchsrecht“, erklärte Boldt.

Da das Publikum zwar zur einen Hälfte aus Gegnern von Massentierhaltungsanlagen bestand, zur anderen aber auch aus Befürwortern, diskutierte es im Anschluss eifrig. „Es war eine leidenschaftliche Diskussion zwischen Landwirten aus Hude und den Gegnern solcher Anlagen“, findet Organisator Martin Kusch, „ich bin zufrieden, der Abend war ein Erfolg. Auch ein junges Mädchen und ein Jugendlicher haben sich zu Wort gemeldet.“ Aber: „Welche Position bezieht die Gemeinde im Hinblick auf den Tourismus und den Putenmaststall? – Ich habe Vertreter der Gemeinde vermisst“, bedauert Kusch. Noch bis 22.30 Uhr habe er sich mit den Landwirten unterhalten. „Unverständnis rief allerdings auch bei ihnen hervor, wieso sich Joachim Strothotte nicht dazu äußern wollte, wie groß die neue Anlage denn sein soll.“ Es entstehe der ungute Eindruck des Verschleierns.

„Ich werde keine Zahlen mehr rausgeben, weil ich nicht weiß, was damit passiert“, erklärt Joachim Strothotte. Die bisherigen in der Berichterstattung genannten Zahlen seien falsch beziehungsweise „eine komische Interpretation“. „Der Antrag liegt beim Landkreis und ist in Arbeit. Solange ich nicht weiß, wie die Zahlen ausgelegt werden, gebe ich keine Stellungnahme ab“, sagt Strothotte.